

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernspracher Nr. 210.

N 230.

57. Jahrgang.

Dienstag, den 4. Oktober

1910.

Brandversicherungsbeiträge betreffend.

Die Brandversicherungsbeiträge auf den 2. Termin 1910 — 1. Oktober — sind nach je einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäudeversicherungsabteilung und nach je ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Versicherungsabteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen bis spätestens

zum 8. Oktober 1910

bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Stadtsteuereinnahme zu entrichten.

Stadtrat Eibenstock, den 27. September 1910.

Hesse.

Schfr.

Nachgenannte Herren sind heute als Bürger der Stadt Eibenstock verpflichtet worden:

Auger, Max Alban, Kaufmann,
Bahlig, Karl Hans, Musterzeichner,
Baurmann, Paul Ernst, Schlosser,
" Karl Paul, Rgl. Straßenwärter,
Meyer, Ernst Arthur, Schuhmann,
Döring, Louis Bruno Arthur, Rgl. Oberförster,
Dörffel, Richard, Maschinenplätzer,
Gellhaar, Hermann Arthur, Bäckermeister,
Gerth, Ernst Friedrich Paul Georg Nikolaus, Schuhmann,
Heins, Karl Willy, Ratsgepedit,

Sorkach, Ernst Emil, Schuhmacher,
Aern, Alfred Johannes, Stadtmaschinenbesitzer,
Aichele, Ernst Wilhelm,
Lammel, Karl Ernst, Rgl. Eisenbahnassistent,
Pfüller, Karl Louis, Rgl. Revisionsaufseher,
Schmidt, Rudolf, Maschinensticker,
Schneföder, Fritz Willy, Handlungsgehilfe,
Schroter, Friedrich Max, Maschinensticker,
Tausmann, Walter Christian, Handlungsgehilfe,
Wager, Max Rudolf,
Wogel, Ernst Louis, Rgl. Bahnhofsvorsteher,
Wagner, Oswald Emil, Feuermann,
Welch, Emil Ernst, Zimmermann.

Stadtrat Eibenstock, den 1. Oktober 1910.

Hesse.

M. II.

In den nächsten Tagen wird noch eine Bürgerverpflichtung stattfinden. Meldungen hierzu werden bis

Donnerstag, den 6. Oktober 1910

entgegengenommen.

Stadtrat Eibenstock, den 1. Oktober 1910.

Hesse.

M.

Nr. 189 der Schankstättenverbotsliste ist zu streichen.

Stadtrat Eibenstock, den 1. Oktober 1910.

Finanzen und Politik.

Selten haben Finanzangelegenheiten die internationale Politik in so hohem Maße berührt, wie zwei Anleihefragen, die augenblicklich im Vordergrund des gesamten Interesses stehen. Auf der einen Seite sind es die türkischen Anleihebemühungen, auf der anderen Seite der Ausgang der ungarischen Anleihe. In beiden ist es Frankreich gewesen, welches durch sein Zögern Schwierigkeiten hervorgerufen hat, die leicht auch auf politisches Gebiet hinüberschlagen können. In Frankreich hat man seit einiger Zeit — und man wird diesen Standpunkt keinem Staate verdrängen wollen — sich dem Grundsatz zugewendet, auch Finanzfragen dem nationalen Interesse unterzuordnen. In Wirklichkeit hat man dies ja schon früher getan, insbesondere hätte ja Rußland von Frankreich niemals Geld bekommen, wenn man nicht eben aus politischen Gründen sich den russischen Pumpverleihen geneigt gezeigt hätte. Man hat diesen Gesichtspunkt jetzt eben nur stark in den Vordergrund gerückt, daß das der ganzen Welt auffällig geworden ist und man hat dies in der vollbewußten Absicht getan, dadurch in politischer Hinsicht einen gewissen Druck auszuüben. Dieses Verfahren hat man nicht nur der Türkei gegenüber angewandt, sondern auch Ungarn hat diese Tendenz bei seinen jüngsten Anleihebemühungen erfahren müssen. Es ist bekannt, daß man an der Seine hinsichtlich der Erschütterung des Dreibundes einst große Hoffnungen auf Ungarn gesetzt hat und daß man aus diesem Grunde alles tat, um sich den Magyaren gefällig zu erweisen und es hat sogar nicht an Verbrüderungsfeiern gefehlt. Als man aber schließlich jenseits der Vogesen sehen mußte, daß bei den Ungarn trotz aller Freundschaft in politischer Hinsicht nichts zu holen sei, ist man etwas ernüchtert und als jetzt der ungarische Finanzminister bei Frankreich anpochte, fand er eine verschlossene Tür. Es liegt nahe, den Grund hierfür in der österreichischen Balkanpolitik zu erblicken und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß in dieser Frage in der Hauptsache von russischer Seite der Draht hinter den Kulissen gezogen worden ist, ein bißchen Rache für die Annexion und das russische Fiasko im serbischen Konflikt. Freilich sollte man sich in Frankreich nicht lange seines Triumphes erfreuen, trotz mancher politischer Differenzen sprang Oesterreich bei und zu allgemeiner Ueberraschung sekundierte auch in dieser wirtschaftlichen Frage der deutsche Bundesgenosse. Darob macht man in Frankreich etwas verdubelte Gesichter, einen solchen Ausgang hatte man denn doch nicht erwartet. Das Verhalten Frankreichs hat sich als ein politischer Schlag ins Wasser erwiesen, ja im Gegenteil hat es nur dazu beigetragen, die Festigkeit und den Nutzen des intimen Verhältnisses zwischen der Donaumonarchie und Deutschland ins hellste Licht zu setzen. Zum größten Leidwesen hat man sogar aus authentischem Munde erfahren müssen, daß in dieser finanziellen Unterstützung seitens Deutschlands politische Motive mit unterlaufen. Der neue Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Kiderlen-Wächter, der die bürokratische Schablone noch nie geliebt hat, hat aus seinem Herzen

keine Mördergrube gemacht und auf der Durchreise nach Bukarest in einem Interview sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß dieser Schritt mit voller Absicht getan worden sei, und daß Frankreich bald sehen könne, daß die Herrschaft des französischen Geldmarktes doch nicht eine so unbedingte sei, wie man in Frankreich angenommen und daß die Entziehung des Entgegenkommens von Seiten Frankreichs die mit seiner Politik nicht harmonisierenden Staaten nicht in Verlegenheit zu bringen vermocht habe, daß vielmehr auch Deutschland im Verein mit Oesterreich nicht nur den guten Willen, sondern auch die nötigen Mittel besitze, um dort, wo es nötig ist, beizuspringen. Das verbiete, festgehalten zu werden, und dies sei es, was bei dem Zustandekommen der ungarischen Anleihe auch für die in Betracht kommenden Staaten von gewiß erfreulicher politischer Bedeutung sei. Durch den Ausgang dieser Angelegenheit könnte das Verhältnis zwischen Deutschland und der Monarchie, wenn dies noch irgend wie möglich wäre, nur an Innigkeit gewinnen und so bedeute das Zustandekommen der Anleihe einen Erfolg gerade derjenigen Kreise, welche der französische Geldmarkt in Verlegenheit bringen zu können glaubte. Das ist eine sehr entschiedene Sprache, wie man sie lange, lange nicht von einem deutschen Staatsmann gehört hat. Irgend eine Provokation liegt darin keineswegs und auf französischer Seite gibt man zu erkennen, daß man im Verlaufe der ganzen Affäre die energische Hand des neuen Staatssekretärs wahrnehmen könne. Der dem Auswärtigen Amte nahestehende „Temps“ spricht die Ansicht aus, daß die viel beachteten Erklärungen Kiderlen-Wächters sich vornehmlich gegen die Kabinette von London und Petersburg gerichtet hätten, denen der Staatssekretär des Auswärtigen die geistige Urheberschaft an dem Versuche der finanziellen Einschränkung des Dreibundes und der mit ihm befreundeten Mächte zuschreibe. Das Blatt fügt hinzu, daß Kiderlen-Wächter seine politische Eigenart in diesen Erklärungen ausreichend gekennzeichnet habe. Man sieht wieder einmal, daß eine energische Sprache stets verstanden und auch respektiert wird, während man über sanfte Worte zur Tagesordnung übergeht. Aus diesem kleinen Vorfall dürften unsere lieben Freunde ersehen, daß jetzt ein anderer Geist seinen Einzug in der Wilhelmstraße gehalten hat und dieses Werk dürfte nicht ohne Wirkung bleiben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Besuch des deutschen Kaiserpaars in Belgien. Gegen Ende des Monats Oktober werden, wie schon gemeldet, der Kaiser und die Kaiserin den Antrittsbesuch, den das belgische Königspaar ihnen kürzlich abgestattet hat, erwidern. Die Ankunft des Kaiserpaars in Brüssel erfolgt nach den bisherigen Dispositionen am 25. Oktober. Die Prinzessin Viktoria Luise wird ihre Eltern auf dieser Reise begleiten.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, wird der Reichstag am 22. November wieder zusammentre-

ten. Der Stand der Arbeiten der während des Sommers tagenden Kommissionen, insbesondere der gerechtfertigte Wunsch der Versicherungscommission, ihre Arbeiten vor Beginn der Plenarverhandlungen zu einem Abschluß zu bringen, ist für die Wahl dieses Zeitpunktes bestimmend gewesen.

Zu den Aufruhrszenen in Moabit. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu den Vorarbeiten in Moabit: Inwieweit die organisierte Arbeiterschaft und Parteiangehörige der Sozialdemokratie an den Ausschreitungen der Menge oder bei den Verabredungen, ohne die die Krawalle schwerlich in der geschehenen Weise hätten vorfallen können, beteiligt sind, darüber werden wohl die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen Aufklärung schaffen. Schon heute aber muß als feststehend angesehen werden, daß ein Zusammenhang besteht zwischen den Moabiter Vorgängen und der sozialdemokratischen Verheerung der Massen, die sich neuerdings verschärft. Von der juristisch greifbaren Verantwortlichkeit abgesehen, deren Feststellung dem Gericht vorbehalten bleiben muß, vermag sich die sozialdemokratische Partei dem Vorwurf der moralischen Mitschuld an den bedauerlichen Vorkommnissen in Moabit nicht zu entziehen. Die Mitschuld wird begründet dadurch, daß die Sozialdemokratie arbeitswillige Arbeiter bei Ausständen für das Urteil ihrer Genossen als Streikbrecher brandmarkt und als Menschen versemt, die außerhalb der nach sozialdemokratischen Begriffen ehrbaren Arbeiterschaft stehen und gegen die deshalb Angriffe und Gewalttätigkeiten erlaubt seien. Es liegt doch ein eigenartiger Widerspruch darin, daß der „Vorwärts“ einerseits die Aufrührer von den Schöhen der Sozialdemokratie abzuschütteln sucht und andererseits von der erfolgten Wirkung eines Eingreifens der sozialdemokratischen Organisationen überzeugt ist. Der „Vorwärts“ hat sich aber nicht darauf beschränkt, jedes Wort der Verurteilung zu unterlassen, vielmehr hat er jede Gelegenheit benützt, die Polizei, die mit Pflichttreue, Ausdauer und Besonnenheit ihre schweren Aufgaben erfüllte, zu verunglimpfen und dadurch die Leidenschaften der aufrührerischen Massen aufzurütteln. Diese Haltung der sozialdemokratischen Presse entspricht der Gesamttendenz der sozialdemokratischen Agitation. Welche Hoffnungen sie an Vorgänge knüpft, wie sie sich in Moabit abgespielt haben, darüber bedürfen wir nach den Wahlrechtsdemonstrationen, den Erörterungen über den politischen Massenstreik und ähnlichen Erscheinungen keiner Belehrung mehr. Dies alles dient nach sozialdemokratischer Meinung der revolutionären Erziehung des Proletariats. Um so ernster und dringender wird für die Regierung die Pflicht, Pöbelausschreitungen und Aufrührversuchen mit unnachlässiger Schärfe entgegenzutreten und der Unbotmäßigkeit einer verhehten Menge mit der Autorität der Staatsgewalt und der Strenge des Gesetzes zu begegnen.

Die Aussichten der Reichsversicherungsordnung. Eine parlamentarische Korrespondenz schreibt: Staatssekretär Delbrück hat jüngst in der Kommission die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung vor den Neuwahlen als höchstschwierig